

auf der Grundlage der Sharia, anmaßen, Recht zu sprechen, sind illegal. Doch in den letzten Jahren häufen sich die Meldungen über Verurteilungen - "fatwas" - und brutale Bestrafungen von Frauen, die des Ehebruchs oder sonstiger

ehelicher Vergehen bezichtigt werden. Immer sind militante Moslem-Geistliche an vorderster Front an der Formulierung dieser unrechtmäßigen und grausamen Urteilsprüche beteiligt. Engagierte Frauenrechtsgruppen im Land protestieren

seit geraumer Zeit gegen die "fatwas" und appellieren eindringlich an die Regierung in Dhaka, endlich entschieden gegen Moslem-Priester vorzugehen und sie gerichtlich zu belangen - bislang mit geringem Erfolg.

# Quo vadis Bangladesh

von Martin Peter Houscht und Ahmed Fazl



Schwere Zeiten für Premierminister Khaleda Zia (Foto: Walter Keller)

Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Premierministerin Khaleda Zia sieht sich einer intensivierten Proteststreikwelle ausgesetzt. Die drei großen Oppositionsparteien - die 'Awami League' (AL) unter Sheikh Hasina Wajed, die 'Jatiya Party' (JP) und die 'Jamaat-e-Islami' -, die seit März 1994 die Parlamentssitzungen boykottieren und Ende Dezember vergangenen Jahres geschlossen zurücktraten, versu-

chen mit einer raschen Abfolge von Generalstreiks die Modalitäten der spätestens im ersten Quartal 1996 abzuhaltenen Parlamentswahlen in ihrem Sinne festzulegen - die von ihnen geforderte neutrale Übergangsregierung stößt jedoch weiter auf den Widerstand der BNP.

Auch nach Beendigung des bis zum 19. Oktober andauernden viertägigen Generalstreiks, der mindestens sechs

Todesopfer und Hunderte von Verletzten forderte und der Wirtschaft Bangladeshs Einbußen in dreistelliger Millionenhöhe (in US-Dollar!) beschert haben dürfte, zeichnet sich keine "Zauberformel" zur Lösung des neunzehnmonatigen Konflikts ab, indem bislang mehr als 20 Lösungsansätze formuliert worden sind und sich fast jeder einflußreiche Politiker und Unternehmer, zuweilen auch Diplomat, zu Wort gemeldet hat. Zuletzt

war auch der Gründer der 'Grameenbank', Muhammad Yunus, als Interimspremier im Gespräch.

Die Premierministerin ist mittlerweile bereit, 30 Tage vor Abhaltung der Wahlen zurückzutreten und ihren Platz freizumachen für einen gewählten Parteikollegen. Dies ist wichtig, denn Khaleda Zia hat verfassungswidrige Schritte abgelehnt, wozu auch die Ernennung einer nichtgewählten Persönlichkeit zum Interimspremier gehören würde. Daß dieses Zugeständnis nicht die zentrale Forderung der Opposition berührt, weiß man, und daher ist auch nicht mit einer Beilegung des Konflikts zu rechnen. Im Gegenteil: Skeikh Hasina Wajed hat bereits neue Protestaktionen angekündigt.

Der von den Oppositionsparteien organisierte Streik vom 16. bis 19. Oktober war der bislang längste seit der Regierungsübernahme von Khaleda Zia im April 1991. Das öffentliche Leben kam dabei faktisch zum Erliegen. Anhänger der Oppositionsparteien feuerten selbstgebaute Bomben ab, warfen Steine auf Häuser und attackierten Streikbrecher. 5.000 Polizisten versuchten, die Demonstranten in Schach zu halten. Auch in der südlich Dhakas gelegenen Stadt Feni kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Tausende von Anhängern eines inhaftierten Oppositionspolitikers drohten mit der Erstürmung der Polizeistation. Die Polizei setzte Tränengas ein und feuerte Gummigeschosse ab. Bilanz: über 100 Verletzte. Der Oppositionspolitiker ist mittlerweile in ein Gefängnis außerhalb der Stadt verlegt worden.

Auch in anderen Städten des Landes eskalierte die Situation, mußten teilweise paramilitärische Truppen aufgeboten werden. Lediglich die nördliche Rajshahi Division wurde wegen der Überflutungssituation (siehe dazu auch die Kurzmeldung in dieser Ausgabe) von den Streiks ausgenommen.

Fünf Persönlichkeiten des Landes hatten sich noch am 16. Oktober um einen neuerlichen Dialog zwischen den Rivallinnen Khaleda Zia und Sheikh Hasina Wajed bemüht - vergebens.

Bereits am 7. und 8. Oktober hatte ein 32-stündiger Streik die wirtschaftlichen Kernzonen des Landes - Dhaka, Chittagong, Khulna, Sylhet und Barisal - lahmgelegt. Ein weiterer Streik hatte vom 16. - 18. September stattgefunden.

Die Gemeinschaft der Unternehmer drängt unterdessen vor dem Eindruck der immer häufiger stattfindenden und länger werdenden Streiks die Opposition, alternative Protestformen anzuwenden. Jeder Streiktag kostet die Volkswirtschaft etwa 50 Millionen US-Dollar. Viele Bangladeshis können nicht auf "Notgroschen" zurückgreifen.



Demonstration der Awami-League Mitte Oktober in Dhaka (Foto: Ahmed Fazl)

Ein, zwei oder gar vier Streiktage bedeuten oft Hunger. Aus diesem Grunde ist es auch nicht verwunderlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung für eine schnelle Einigung plädiert. Sie sieht die tatsächlichen und sich jetzt schon abzeichnenden schädlichen Folgen der Krise, weniger die hinter ihr stehenden Streitfragen.

Keine der Streitparteien möchte nach-

geben, erst recht nicht nach einem so langen politischen Kampf. Jeder fürchtet den "Gesichtsverlust". Die bittere Ironie der jüngsten Geschichte Bangladeshs ist indes die, daß bereits ein solcher eingetreten ist und die gesamte Parteienlandschaft erfaßt hat, möglicherweise bereits die Demokratie als Idee, wenngleich sie in Bangladesh keineswegs umgesetzt worden ist, höchstens bruchstückhaft.